

# Bericht über die Entwicklung in POLEN

. Januar 1961

<b>I. <u>Politische Ereignisse</u></b>	<b>Seite:</b>	<b>1</b>
1) Warschau - Bonn		1
2) VII. Plenarsitzung des ZK der PZPR		4
3) Parteistärke		7
4) Junge Bauern und die Partei		8
5) Warschau vor und nach dem Kriege		9
<b>II. <u>Wirtschaft</u></b>		<b>11</b>
1) Fünfjahresplanentwurf 1961-65		11
2) Beschäftigung und Arbeitsproduktivität im Fünfjahresplan		12
3) Landwirtschaftliche Investitionen im Fünfjahresplan		13
4) Polen nimmt neue Kredite bei seinen Nachbarn auf		14
<b>III. <u>Kulturelle und soziale Probleme</u></b>		<b>16</b>
1) Partei beschließt Schulreform		16
2) Die Journalisten in Polen		18

## I. Politische Ereignisse

### 1) Warschau - Bonn

Eine der ersten außenpolitischen Bemühungen des im Oktober 1956 im Warschau etablierten GOMULKA-Regimes war die Herbeiführung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen Volkspolen und der Bundesrepublik. Das offizielle Warschau, damals noch mit seinem westlichen Nachbarn, der "DDR", fast verfeindet, versäumte keine Gelegenheit, um zu betonen, daß Polen an gutnachbarlichen Beziehungen mit dem ganzen deutschen Volk gelegen sei. Inoffiziell und sogar halboffiziell gab man zu verstehen, daß für Warschau nicht die "DDR", sondern die Bundesrepublik den entscheidenden Teil Deutschlands verkörpere.

Diese Haltung löste in Pankow Unruhen aus, was aber GOMULKA nicht allzu sehr zu beeindrucken schien. Als er seinen ersten Besuch bei ULBRICHT machte, der schon im Zeichen einer versöhnlicheren Politik Warschaus gegenüber Pankow stand, benutzte er diese Gelegenheit zu einem Appell an das "gesamte deutsche Volk", mit Polen in Frieden und guter Nachbarschaft zu leben.

Die Regierung in Bonn zeigte allen diesen Bemühungen Polens die kalte Schulter. Fast zwei Jahre lang dauerte dieses einseitige Werben um die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen. Inzwischen steigerte sich der Druck auf Warschau. Moskau verlangte Beendigung der "Brüderfehde" mit ULBRICHT. Die fortschreitende wirtschaftliche Integration des Ostblocks machte Warschau von der Gesamtwirtschaft der Ostblockstaaten immer abhängiger. Interne wirtschaftliche Schwierigkeiten zwangen Polen zur Annahme von "DDR"-Krediten zum Ausbau des Braunkohlenkombinates. Eine langsame Abkehr von der Oktober-Linie, die fortschreitende Verschlechterung der Beziehungen zwischen der SU und Volkschina sowie andere Faktoren verankerten GOMULKA immer tiefer in der CHRUSCHTSCHOW'schen Politik. Als der sowjetische Parteichef die Berlin-Krise hervorrief, war GOMULKA der erste, der ihm, wenn auch mit halben Herzen, zur Seite stand und sich mit den sowjetischen Forderungen identifizierte. Die Haltung GOMULKAs gegenüber der Bundesrepublik wurde immer abweisender, seine Angriffe wurden immer schärfer und heftiger. Die Jahre 1959-60 brachten einen Tiefstand in den Beziehungen zwischen beiden Ländern.

GOMULKA betonte in dieser Zeit oft, daß Polen lange genug seinen guten Willen gegenüber Westdeutschland bekundet habe und nun nicht bereit sei, weiter die Initiative zu ergreifen. Dabei gab man bei zahlreichen

inoffiziellen Kontakten zu verstehen, daß Polen nur an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen interessiert ist und einen Vorschlag zur Regelung ausschließlich der konsularischen Beziehungen nicht akzeptieren würde.

Als der Bundeskanzler ADENAUER am 10. Januar bei einer Ansprache vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU von der Notwendigkeit einer Besserung der Beziehungen zu Polen sprach, reagierte Warschau äusserst kühl. Das amtliche Parteiorgan "Trybuna Ludu" brachte am 13. Januar eine kurze Notiz, in der es hieß:

"Er (Adenauer) stellte in unbestimmter Form fest, daß die bisherige Bonner Politik gegenüber Polen eventuell neu erörtert werden müsse. Adenauer vermied es, klare Stellung zu beziehen und wies darauf hin, daß seines Erachtens nach eine Annäherung zu Polen eine gute Sache sei. Diese unklare Äusserung des Kanzlers Adenauer versuchte der Sprecher der Bundesregierung, von Bokardt, noch abzuschwächen... In Bonner Pressekreisen weist man darauf hin, daß die Äusserung Adenauers auf die wachsende Kritik der Weltöffentlichkeit an der Bonner Polenpolitik und die Haltung in der Frage der Oder-Neiße-Grenze zurückzuführen sei."

Diese abweisende Haltung des offiziellen Warschau unterlag einer weiteren Verschärfung, als GOMULKA am 21. Januar vor dem Zentralkomitee über die letzten Moskauer Beratungen der kommunistischen Parteien berichtete und auf die Rede Adenauers zurückkam:

"Es ist schwer, oder vielleicht auch nicht schwer, aus diesen nebelhaften Worten zu entziffern, was sich Kanzler ADENAUER wirklich denkt. Wir sind der Ansicht, daß es auf jeden Fall zur Annäherung zwischen Polen und der Bundesrepublik beitragen würde, wenn Herr Adenauer die Oder-Neiße-Grenze als endgültige deutsch-polnische Grenze anerkennen würde. Dann würde sicher eine Annäherung herbeigeführt werden können..."

In einem Teil der westlichen Presse wurde diese Äusserung des polnischen Parteichefs in dem Sinne kommentiert, daß nun die Anerkennung der Grenze polnischerseits als *conditio sine qua non* betrachtet wird. Dies fiel um so mehr auf, als dies in den ersten Jahren nach 1956 nicht der Fall war.

Im Gegenteil konnte man oft aus Warschau die Versicherung hören, daß die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen mit der Anerkennung der Grenze nichts zu tun habe. Als am 1. September 1958 der damalige stellvertretende Verteidigungsminister Janusz ZARZYCKI bei einer Ansprache zum Jahrestag des Kriegsbeginnes erklärte, daß ohne die Anerkennung der Grenze keine diplomatischen Beziehungen mit der Bundesrepublik aufgenommen würden, wurde diese Äusserung von RAPACKI für die Presse nicht freigegeben und der hitzige Genera bekam eine Rüge.

Doch wäre es unrichtig, in der jüngsten Äusserung GOMULKAs eine Forderung zu sehen. Aus informierten Quellen weiß man inzwischen, daß die polnische Regierung derartige Bedingungen nicht stellt.

Dies bedeutet freilich nicht, daß Polen bei kommenden Gesprächen keine Bedingungen stellen wird. Man weiß mit Sicherheit, daß Warschau nur an der Wiederaufnahme der vollen diplomatischen Beziehungen interessiert ist und Zwischenlösungen ablehnt. Ein Kulturabkommen oder die Errichtung einer bundesdeutschen Handelsmission mit konsularischen Befugnissen kommt für Warschau nicht in Frage, wenn das nicht mit der Regelung der diplomatischen Anerkennung gekoppelt ist. Ein deutscher Korrespondent in Warschau, der vor kurzem anderslautende Informationen zu besitzen glaubte und sie seiner Redaktion übergab, wurde aus diesem Grunde in Warschau offiziell verwarnt.

Seit dem zweiten Besuch des KRUPP-Generalbevollmächtigten BEITZ hüllt sich Warschau in Schweigen. In der polnischen Hauptstadt glaubt man, es wäre der Sache nicht dienlich, wenn man ihr vorzeitig eine große Publizität gebe. In eingeweihten Kreisen heißt es, man wolle jeder bundesdeutschen Initiative entgegenkommen und kein Gespräch abschlagen, durch welche diplomatischen Kanäle es auch kommen möge. Wenn Bonn aber an der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen desinteressiert ist, würden solche Gespräche indes keinen Nutzen haben.

Warschau ist davon überzeugt, daß die Initiative des Bundeskanzlers mit dem inzwischen vollzogenen Wechsel in Washington zusammenhängt. In der polnischen Hauptstadt glaubt man, daß ADENAUER unter einem "sanften Druck" Amerikas handele, bezw. sein Kommen vorausgesehen habe.

In politischen Kreisen der polnischen Hauptstadt herrscht aber wenig Optimismus in der Beurteilung der Aussichten für eine Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen.

Dagegen ist man in Warschau der Ansicht, daß Gespräche über die Intensivierung des Außenhandels, von den anderen Gesprächen völlig unabhängig weiter geführt werden können. Polen hat immer betont, daß es mit jedem Staat Handel treiben wolle. Auch wenn die anderen Kontakte vorläufig zu nichts führen sollten, kann man auf dem Gebiete des Außenhandels zu einer Verständigung kommen. Die Schwierigkeiten, die auf diesem Gebiete bestehen, sind wirtschaftlicher und nicht politischer Natur. Um sie zu beheben, braucht man nach Ansicht Warschaus nicht erst die Frage der diplomatischen Anerkennung zu lösen.

## 2) VII. Plenarsitzung des ZK der PZPR

Am 20. und 21. Januar fand in Warschau die VII. Plenarsitzung des polnischen ZK statt. Zwei Themen standen auf der Tagesordnung: Einmal die Reform des Grund- und Mittelschulwesens, zum anderen die Berichterstattung über die Moskauer Beratungen der kommunistischen Parteien.

Die Verschiedenheit dieser beiden Fragen brachte es mit sich, daß die Sitzung geteilt wurde. Während der Erörterung der Schulprobleme nahm an der Sitzung neben den ZK-Mitgliedern und -Kandidaten auch eine Gruppe von Schul- und Erziehungsfachleuten teil. Sie beteiligten sich an der Diskussion, die nach der einleitenden Ansprache GOMULKAS und der Verlesung des vom Politbüro ausgearbeiteten Berichtes geführt wurde.

Der zweite Teil der Sitzung fand im engeren Kreis statt. Er bestand aus einem langen Bericht des Parteichefs über die Moskauer Beratungen.

In der Entwicklung der Beziehungen zwischen der kommunistischen und nicht-kommunistischen Welt unterscheidet GOMULKA drei Etappen.

Die erste Etappe umfaßt die Jahre 1917-1940. In dieser Zeit sei die Sowjet-Union der einzige sozialistische Staat gewesen, trotz ihrer ständig wachsenden Bedeutung blieb der Imperialismus die ausschlaggebende Kraft in der Welt.

Die zweite Etappe umfasste nach GOMULKA ungefähr die Jahre 1941-58. Der Sozialismus habe sich außerhalb der Grenzen der SU verbreitet, es sei gelungen, einen großen Durchbruch nach Ost- und Mitteleuropa sowie nach Ostasien zu erzwingen.

In der dritten Etappe befänden wir uns jetzt. Sie werde durch das unaufhaltsame Wachsen der Macht und der Einheit des sozialistischen Blocks gekennzeichnet. Der Sozialismus beweiße in der Praxis seine Überlegenheit über den Kapitalismus, und zwar nicht in einem militanten, sondern in einem friedlichen Wettbewerb.

"Die sozialistischen Länder sind vom Gedanken an einen Angriffskrieg sehr weit entfernt. Einen solchen Krieg brauchen sie nicht, denn sie beweisen in der Praxis, daß Sozialismus auch ohne Krieg, im friedlichen Wettbewerb den Kapitalismus besiegt...

Im Endergebnis werden die Völker der Welt ein System wählen, das ihre materiellen und kulturellen Erfordernisse besser erfüllt, der Menschheit Frieden, Freiheit und Fortschritt sichert. Ein solches System ist nur der Sozialismus...

Die Politik des 'kalten Krieges' überwiegt noch immer bei den Regierungen des Westens. Sie kann der Sache des Friedens zwischen den Völkern noch einen riesigen Schaden zufügen, sie kann aber das Kräfteverhältnis in der Welt nicht zugunsten des Kapitalismus verschieben...

Eine unerschütterliche Einheit der Politik aller sozialistischen Staaten gegenüber dem Imperialismus ist die erste und notwendige Bedingung eines Erfolges...

Die friedliche Koexistenz erstreckt sich auf die Beziehungen zwischen den Staaten, die beide gesellschaftliche Systeme vertreten. Das bedeutet aber keineswegs einen Verzicht auf den Klassenkampf, auf einen ideologischen Kampf, auf den Kampf um die Befreiung der unterjochten Völker."

Die Akzentverteilung in der Rede GOMULKAS ist unverkennbar. In Moskau war man den Chinesen bis zur äußersten Möglichkeitsgrenze entgegengekommen, ohne aber auf den Kern der CHRUSCHTSCHOW'schen Konzeption zu verzichten.

Die Betonung der Unabdingbarkeit der Erhaltung und Stärkung der Einheit des sozialistischen Lagers bildete den Schlußteil der Rede GOMULKAs, der wohl der wichtigste Teil der ganzen Rede war.

Bemerkenswert war dabei die Feststellung, daß der Dogmatismus zeitweise eine Hauptgefahr für die Sache des Sozialismus und der sozialistischen Einheit werden könne. Bis jetzt hörte man von GOMULKA wiederholt, daß der Hauptfeind der Revisionismus sei, der an den Dogmen der marxistisch-leninistischen Lehre rüttelt, wogegen die "Dogmatiker" nur bei der Deutung dieser Dogmen zu wenig elastisch seien.

"Die kapitalistische Welt kann sich immer noch nicht von dem Gedanken trennen, daß es innerhalb der kommunistischen Weltbewegung, innerhalb des sozialistischen Lagers zu einem Bruch und zur Spaltung kommt, die dieses Lager schwächen würden. Die Beratungen machten einen Strich durch diese Rechnung. Sie brachten im Gegenteil eine Festigung der Einheit und Geschlossenheit der Ideologie und Politik unserer Reihen..."

Als besonders bemerkenswert fand man in Warschau das Bekenntnis GOMULKAs zum "polnischen Weg":

"Alle Parteien sind unabhängig, gleichberechtigt und solidarisch. Bei den interparteilichen Beratungen stellen wir selbst die allgemeinen Richtlinien auf. Jede Partei bestimmt selbstverständlich ihre eigene politische Linie und paßt die allgemeinen Richtlinien den konkreten historischen Gegebenheiten und spezifischen Eigenschaften ihres Landes an. Die Methoden, mit denen die internen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme von Parteien verschiedener Länder gelöst werden, müssen die vielen spezifischen Eigenschaften eines jeden Landes berücksichtigen und sie werden sich in mancher Hinsicht voneinander unterscheiden. Dies ist normal, bringt dem Aufbau des Sozialismus und dem revolutionären Kampf Nutzen, bereichert die marxistisch-leninistische Lehre durch neue Erfahrungen und schwächt die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung keineswegs."

Diese bedeutungsvollen Worte waren eine öffentliche Antwort auf die zahlreichen Vorwürfe, die man der Linie GOMULKAs chinesischerseits in Moskau machte. GOMULKA gab damit unmißverständlich kund, daß er trotz aller Verleumdungen bei seiner Linie auszuharren bereit ist.

In diesen Worten fand auch die Tatsache Bestätigung, daß die Haltung GOMULKAS von CHRUSCHTSCHOW gebilligt und unterstützt wird.

"Es gibt keine objektiven Gründe für Interessengegensätze zwischen den sozialistischen Staaten" - meinte GOMULKA und fügte hinzu:  
"Jedes sozialistische Land muß sich seiner Außenpolitik von gemeinsamen Interessen des gesamten sozialistischen Lagers leiten lassen."

In den letzten Worten seines Berichtes würdigte der polnische Parteichef die besonderen Verdienste und die besondere Bedeutung der KPdSU und die freundschaftlichen Bande, die die polnische und sowjetische Partei verbinden.

"Unsere Partei verbinden mit der KPdSU die Bande der brüderlichen Solidarität, die durch gemeinsame Traditionen und Kämpfe, durch die ideologische Gemeinsamkeit und die Gemeinsamkeit der lebenswichtigen Interessen unserer Völker heute stärker denn je sind. Unsere heutigen Beziehungen sowohl auf parteilicher als auch auf staatlicher Basis sind Dank der leninistischen Politik der Leitung der KPdSU und insbesondere Dank des persönlichen Einsatzes des Genossen Chruschtschow besser und näher als jemals zuvor in der Vergangenheit."

Diese letzte Feststellung entspricht nach Ansicht aller politischen Beobachter in Warschau voll und ganz der Wahrheit. Der noch vor vier Jahren fast geächtete GOMULKA sonnt sich heute in der Gunst des Kremlohefs, als dessen treuester und zuverlässigster Parteigänger er heute gilt.

### 3) Parteistärke

1.155.000 Mitglieder und Kandidaten zählt heute die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR). Laut zuletzt veröffentlichter Zahlen, die den Stand der Partei am Ende des vergangenen Jahres wiedergeben, sind im Laufe der 12 Monate des Jahres 1960 über 167.000 Kandidaten in die Partei aufgenommen worden. Das bedeutet verglichen mit den vorhergehenden Jahren eine starke Steigerung. Im Jahre 1959 waren es 86.000, im Jahre 1958 sogar nur 23.000. Nach den "Überprüfungen" und Säuberungen der vergangenen Jahre, die eine bedeutende Herabsetzung der Gesamtzahl der Mitglieder brachten, will die Parteileitung jetzt den neuen Menschen die Tür weiter als bisher öffnen damit die Mitgliederzahl zumindest ihre alte Höhe (ca. 1,3 Millionen) erreicht.

Interessant sind die Angaben über die soziale Zusammensetzung der im vergangenen Jahr aufgenommenen Parteikandidaten. Fast die Hälfte von ihnen sind Arbeiter (82.000, davon 8.500 Landarbeiter). Die Zahl der aufgenommenen Bauern betrug 24.000 und wurde damit fast genau doppelt so hoch wie im Jahre 1959. Die Zahl der Vertreter der geistigen Berufe betrug 59.000. Unter ihnen gab es über 12.000 Ingenieure und Techniker, 9.500 Lehrer, 5.500 Volkswirtschaftler usw.

Über ein Drittel aller Aufgenommenen (35,5 %) sind junge Leute unter 25 Jahren. Diese Gruppe umfaßt 59.000 Kandidaten. Eine knappe Hälfte von ihnen war früher in einem der beiden offiziellen Jugendverbände tätig.

Frauen machen 15,4 % aller Parteimitglieder aus. Ihr Anteil ist aber sehr verschieden in den einzelnen Teilen des Landes. Am stärksten sind sie in der Lodzer Parteiorganisation vertreten (31 %), wo sie unter den Textilarbeitern die Mehrheit bilden.

Über 7.000 Mitglieder wurden in dem vergangenen Jahre aus der Partei ausgestoßen und die doppelte Anzahl von der Parteiliste gestrichen. Der Mitgliederbestand der Partei vergrößerte sich im Verlaufe des Jahres 1960 absolut um 136.000.

#### 4) Junge Bauern und die Partei

In den kleineren Kreisstädten Polens müssen meistens mehrere Behörden und Organisationen unter einem Dach hausen. Es ist nicht selten, daß der Vorstand des Verbandes der Dorfjugend im selben Haus seinen Sitz hat wie das Parteikomitee der PZPR. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" beklagt sich am 17. Januar darüber, daß diese enge Nachbarschaft mit einer Zusammenarbeit beider Organisationen nicht gleichbedeutend sei.

Der gemeinsam von PZPR und der Bauernpartei beaufsichtigte Verband der Dorfjugend bereitet seit der Zeit seines Entstehens (Anfang 1947) den Kommunisten viel Kopfzerbrechen. Die schwache Position der Partei auf dem Lande und die nicht gerade kommunistenfreundliche Einstellung der Mehrheit der polnischen Bauern verursachen, daß in manchen Leitungen des Verbandes eine gewisse Tendenz zur Auflehnung bemerkbar ist und die Einflüsse der

Bauernpartei stärker als die der Kommunisten sind.

Das kommunistische Blatt bezeichnet es als einen Fehler der Parteiorganisationen, wenn sie auf der Suche nach Kandidaten für die Partei unter den Bauern in erster Linie an die Vertreter der älteren Jahrgänge denken und die Dorfjugend mit ihren Organisationen außer acht lassen. Dort wo die Zusammenarbeit zwischen dem Parteikomitee und dem Verbandsvorstand klappt, werden die Parteireihen durch den Zufluß von jungen Bauern verstärkt. "Trybuna Ludu" verlangt diesem Problem größere Aufmerksamkeit zu widmen.

### 5) Warschau vor und nach dem Kriege

Sechzehn Jahre waren es am 17. Januar 1961 her, seit die HITLER-Truppen die von ihnen methodisch in einem Trümmerhaufen verwandelte Hauptstadt Polens verliessen. Als der zweite Weltkrieg ausbrach, zählte Warschau 1.285.000 Einwohner. Während der Kriegsjahre haben mehr als 50 % der damaligen Einwohner Warschaus (650.000) infolge der Kämpfe um die Stadt und in noch viel stärkerer Masse infolge der planmässigen Ausrottung durch die HITLER-Schergen den Tod gefunden. Den stärksten Aderlaß brachte die Niederwerfung des Aufstandes im Ghettoviertel (April 1943) und des Aufstandes der polnischen Bevölkerung im Herbst 1944. Die Höhe des der Hauptstadt zugefügten Sachschadens betrug fast 4,5 Milliarden Dollar.

Während der letzten 16 Jahre wurden im Wiederaufbau der Stadt 57 Milliarden Zloty investiert - das teilte am 16. Januar das jetzige Stadtoberhaupt Janusz ZARZYCKI, mit. In den kommenden 5 Jahren soll in den Auf- und Ausbau Warschaus eine beachtliche Summe von 30 Milliarden Zloty investiert werden.

Obwohl die Bevölkerung Warschaus den alten Vorkriegsstand noch nicht erreicht hat (heute fast 1,1 Millionen) ist die Zahl der Wohnräume mit 670.000 heute um 75.000 größer als vor dem Kriege. 42 % dieser jetzt vorhandenen Wohnungen besitzen nicht nur den Anschluß an das Kanalisations-, Wasser-, Strom- und Gasnetz sondern auch Zentralheizungen. Aus diesem Anlaß erinnerte ZARZYCKI daran, daß die Hälfte der in den Städten der Bundesrepublik neugebauten Wohnungen Ofenheizung besitzen.

Während der nächsten 5 Jahre (1961-65) werden mindestens 173.000 Wohnräume (das entspricht 70.000 Wohnungen) gebaut.

Ein Vergleich der Beschäftigtenzahl im alten und jetzigen Warschau gibt am besten ein Bild der sozialen und wirtschaftlichen Umschichtung, die nach dem Kriege kam. Im Vorkriegs-Warschau gab es bei einer Bevölkerung von rund 1,3 Mill. - 317.000 Beschäftigte. Im heutigen Warschau, das eine Bevölkerung von ca. 1,1 Mill. besitzt, beträgt die Zahl der Beschäftigten 600.000. Die Produktion der Warschauer Industrie ist heute mehr als 6 mal höher als vor dem Kriege.

Fast 33 % der Bevölkerung sind Jugendliche unter 18 Jahren. Warschau ist das größte Hochschulzentrum in Polen, mit 14 Hochschulen und 31.000 Studierenden. Fast die Hälfte der Studenten (46 %) lebt in Studentenheimen.

## II. Wirtschaft

### 1) Fünfjahresplanentwurf 1961-65

Die zum vierten Male veränderte Vorlage des 5-Jahresplanentwurfes wird jetzt Gegenstand von Erörterungen der polnischen Regierung und der Wirtschaftsexperten. Der erste Entwurf entstand schon im Jahre 1958, der zweite wurde gemäß der Richtlinien des letzten Parteitages (April 1959) ausgearbeitet und auch diese Version wurde im Sommer 1960 überprüft. Der neueste Entwurf berücksichtigt eine sehr bedeutende Erhöhung der Investauflagen für die Landwirtschaft und den Bau von landwirtschaftlichen Maschinen. Diese Erhöhung beträgt 20 Milliarden Zloty. Im neuen Entwurf wurden auch in stärkerem Maße die Vorschläge der einzelnen Produktionsbetriebe berücksichtigt.

Zwei der bedeutendsten wirtschaftlichen Faktoren werden sich während der kommenden 5 Jahre anders gestalten, als das in den vergangenen 5 Jahren der Fall war: Die Investitionen und das Einkommen der Bevölkerung.

In den ersten 2-3 Jahren des neuen 5-Jahresplanes wird sich das Investitionstempo besonders steigern. Die Früchte dieser gesteigerten Anstrengungen in den ersten Jahren wird man in der zweiten Hälfte der 5-Jahresperiode sammeln können. Erst dann wird mit einer wesentlicheren Erhöhung der Löhne und Einkünfte der Bevölkerung gerechnet. Während des vergangenen Fünfjahresplanes war es gerade umgekehrt.

Man rechnet damit, daß die Bevölkerung des Landes im Jahre 1965 ca. 32 Millionen erreichen wird, was eine Steigerung um ca. 2 Millionen in 5 Jahren bedeutet. Nimmt man die Höhe des Nationaleinkommens vom Jahre 1955 als Vergleichsbasis (=100) so wird dieses Einkommen im Jahre 1965 = 190 betragen, also fast um das Doppelte gewachsen sein. Für die Investitionen will man in den kommenden 5 Jahren 725 Milliarden Zloty verwenden.

Im letzten Jahre des eben angelaufenen 5-Jahresplanes (1965) wird die Produktionshöhe bei einzelnen Produkten folgendermassen aussehen:

Steinkohle	114,5 Millionen to
Elektroenergie	45,5 Milliarden kWh
Stahl	9,3 Millionen to
Aluminium	75.000 to
Kupfer (Reinmetall)	23.500 to
Zement	11,1 Millionen to
Baumwollstoffe	766 Millionen Meter

Wollstoffe	99,3 Millionen m
Fabrikschuhe	49,5 Millionen Paar
Stickstoffdünger (100%)	464.000 to
Phosphordünger (100%)	400.000 to

Insgesamt soll sich die industrielle Produktion um 51,9 % erhöhen. Die globale Produktion der Landwirtschaft soll dagegen um 22 % wachsen. Die durchschnittlichen Hektarerträge bei Getreide sollen 17,6 dz erreichen. Die Zahl der Rinder soll 10,5 Millionen, der Schweine 15 Millionen erreichen,

Voraussichtlich werden 1965 auf je Tausend Einwohner folgende Güter entfallen (in Klammern die Zahlen für das Jahr 1960)

Motorräder	60	(29)
Fernsehapparate	64	(15)
Radioapparate	189	(136)
Waschmaschinen	125	(47)
Eisschränke	20	(5)

Diese bescheidenen Zahlen spiegeln gut das niedrige Lebensniveau der polnischen Bevölkerung wider und zeigen die geringen Aussichten, dieses Niveau während der nächsten 5 Jahre zu verbessern.

## 2) Beschäftigung und Arbeitsproduktivität in den Jahren 1961-65

Die Zahl der arbeitsfähigen Polen wird sich während der kommenden 5 Jahre um 945.000 erhöhen, wogegen sie in den vergangenen 5 Jahren nur um 377.000 gewachsen ist. Die Zahl der Beschäftigten wird bis 1965 um 817.000 anwachsen, die Planer rechnen also damit, daß fast 130.000 außerhalb des beruflichen Lebens stehen werden (Hausfrauen, studierende Jugend usw.)

Die Schwierigkeiten liegen darin, daß die Zahl der arbeitsfähigen Menschen während der kommenden 5 Jahre nicht gleichmäßig wachsen wird. Werden es im laufenden Jahre 50.000 sein, so erhöht sich die Zahl für die Jahre 1964 und 1965 auf jeweils 250.000. Darum will man die Investierung in der ersten Hälfte der Fünfjahresperiode sehr stark intensivieren um möglichst viele neue Arbeitsplätze für die zweite Hälfte schaffen zu können.

Eine zweite Schwierigkeit entsteht dadurch, daß 65 % des Zuwachses auf das Land entfällt. Man muß also mit einem großen Strom der Landbevölkerung in die Städte rechnen. Die dritte Schwierigkeit schafft die Tatsache, daß der Zuwachs gerade in den Gebieten besonders schwach ist, wo man ihn am meisten gebrauchen könnte, d.h. in den stark industrialisierten Regionen des Landes. Das wird eine weitere Bewegung der Bevölkerungsmassen bringen.

Von der eingeplanten Steigerung der industriellen Produktion sollen nur 16% durch die Erhöhung der Beschäftigtenzahl erreicht werden. Den Hauptteil der Produktionserhöhung (84 %) will man durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität herbeiführen. Jeder Industriearbeiter soll im Jahre 1965 um 40 % produktiver arbeiten als heute.

Die Erhöhung der Arbeitsproduktivität will man durch die "Einführung des technischen Fortschrittes", Mechanisierung und Verbesserung der Produktionsvorgänge erreichen.

Die Zahl der in den Staatsbetrieben (außer der Landwirtschaft) beschäftigten Frauen soll während der nächsten 5 Jahre um 350.000 wachsen.

### 3) Landwirtschaftliche Investitionen im neuen Fünfjahresplan

Auf 725 Milliarden Zloty soll sich die Gesamthöhe aller Investitionen während der Jahre 1961-65 belaufen. Ein bedeutender Teil dieser Investitionen, 116 Milliarden Zloty, soll der Landwirtschaft zufallen. Man glaubt, die Gesamtproduktion der polnischen Landwirtschaft bis 1965 um 22 % erhöhen zu können. Dabei soll die pflanzliche Produktion um 17,1 % und die Tierzucht um 29 % gesteigert werden.

Der größte Teil der für die landwirtschaftlichen Investitionen vorgesehenen Summe von 116 Milliarden Zloty soll für Wirtschafts- und Wohnbauten verwendet werden (57,1 Milliarden). Insbesondere der Bau von Wirtschaftsgebäuden soll forciert werden, weil sich die Zahl von Rindern um 1,8 Millionen und die von Schweinen um 2,4 Millionen steigern soll.

Für die Mechanisierung der Landwirtschaft (darin sind auch die Quoten des landwirtschaftlichen Entwicklungsfonds, aus dem der Ausbau der landwirtschaftlichen Zirkel finanziert wird, enthalten) bestimmt man 35,8 Milliarden. Der Hauptteil dieser Summe wird für die Beschaffung von Traktoren und Traktorenzubehör verwendet. Zum Ende des Fünfjahresplanes soll die Zahl

der Traktoren in den Staatsfarmen, Produktionsgenossenschaften und Zirkeln ca. 135.000 betragen.

Die Wasserwirtschaft verschlingt 17 Milliarden, die Elektrifizierung der Dörfer wird 4,2 Milliarden kosten, und für 1,3 Milliarden will man die landwirtschaftlichen Schulen ausbauen.

Im Durchschnitt werden auf 1 Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche 5.000 Zloty an Investitionen entfallen.

✎ Nicht zu vergessen sind die Investitionen, die der Landwirtschaft indirekt zufallen werden. Für den Aus- oder Neubau von Fabriken, die landwirtschaftliche Maschinen, Geräte und Einrichtungen herstellen, will der Staat 14 Milliarden Zloty opfern.

#### 4) Polen nimmt neue Kredite bei seinen Nachbarn auf

Kurz vor dem Ende des vergangenen Jahres wurde in der Nähe von Tarnobrzeg eines der größten Schwefelkombinate Europas in Betrieb genommen. Es verarbeitet Schwefelerz, das im Tagebau aus dem fünfgrößten Vorkommen der Welt gefördert wird. Der relativ schnelle Bau des Kombinates war durch die von der Tschechoslowakei gewährte Kapitalhilfe ermöglicht worden. Polen wird diese Kredite aus der laufenden Produktion des Kombinates zurückbezahlen.

Bei allen seinen Nachbarn ist Polen verschuldet. Die Sowjets helfen bei der Errichtung einer größeren Anzahl verschiedener Produktionsbetriebe. Die "DDR" finanziert den Ausbau von Braunkohlegruben im Westen des Landes.

Gleich zu Beginn des neuen Jahres brachte die polnische Presse die Nachricht über die neue tschechische Kredithilfe. Die Höhe der von dem südlichen Nachbarn Polens gewährte Kredithilfe beträgt 112,5 Millionen neue Rubel.

Die tschechischen Lieferungen werden Polen den Bau einer grossen Kunst- düngemittelfabrik und eines Kupferkombinates ermöglichen. Dieses Werk wird auf niederschlesischen Kupfererzvorkommen basieren. Genau wie im Falle des Schwefelkombinates wird Polen diese Kredite aus der Produktion des neuerrichtenden Kombinates binnen 10 Jahren zurückzahlen müssen.

Die CSR wird in den Jahren 1969-78 von Polen mit Kupferprodukten beliefert. Das entsprechende Abkommen wurde am 9. Januar in Prag unterzeichnet.

Wenige Tage später brachten die Zeitungen Informationen darüber, daß die "DDR" auf Kreditbasis bei dem Bau einer Pipeline helfen wird, die Polen und die "DDR" mit sowjetischem Erdöl beliefern soll. Die wirtschaftliche Integration des Ostblocks, die in der Stalinzeit vollständig stillstand, wird mit großer Eile vorwärtsgetrieben. Polen als Schuldner seiner Nachbarn gerät in immer größere wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ostblock.

### III. Kulturelle und soziale Probleme

#### 1) Partei beschließt Schulreformen

Zum ersten Male geschah es, daß Probleme des Schulwesens ein Hauptpunkt einer Plenarsitzung des Zentralkomitees in Warschau waren. Die Reform der Grund- und Mittelschulen ist nach Meinung der Parteileitung eine dringende Notwendigkeit geworden. Sie wird eine Verlängerung des Grundschulunterrichtes um ein Jahr und eine sogenannte "Politechnisierung" des Schulwesens bringen.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Schulen in Polen nur selten mit den Erfordernissen der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes und den Fortschritten auf dem Gebiet der Technik und der Naturwissenschaften Schritt hielten. Die Schulprogramme waren nach Ansicht vieler Experten zu einseitig auf die humanistischen Fächer eingestellt und die Absolventen dieser Schulen standen den Problemen des technischen Zeitalters etwas hilflos gegenüber.

Jede Umstellung bringt Gefahren mit sich und es fehlte nicht an kritischen Stimmen, die in einer Politechnisierung der Schulprogramme die Gefahr einer Verleugnung des großen Erbes humanistischen Gedankengutes der Menschheit sahen. Zu diesen Kritikern der neuen Reform gehörte der vor über einem Jahr entlassene Minister für Schulwesen, Wladyslaw BIENKOWSKI.

Nun ist die Reform eine beschlossene Sache und erst die Zukunft wird zeigen, ob die Vorteile der geplanten Lösung überwiegen werden, oder ob die Kritiker Recht behalten.

Die jetzt 7-jährige Grundschule wird in eine 8-jährige umgewandelt. Was das für ein Land mit der größten Bevölkerungszunahme bedeutet, in dem in manchen Schulen der Unterricht noch in drei Schichten erfolgt, läßt sich leicht denken. Der Staat wird größte Anstrengungen machen müssen, um neue Schulräume zu errichten und neue Lehrer herbeizuschaffen. Die Mehrzahl der jetzt vorhandenen Lehrkräfte wird umgeschult werden müssen.

An den Lehrern wird man in der Zukunft neue Anforderungen stellen. Die Partei hat in der letzten Zeit oft genug wiederholt, daß die Schule zwei Funktionen zu erfüllen hat: Unterricht und Erziehung. Diese zweite Aufgabe wird in der reformierten Schule in Polen an Bedeutung gewinnen. GOMULKA formulierte das vor dem VII. Plenum am 20. Januar mit folgenden Worten:

"Im Zentrum der Aufmerksamkeit der Parteinstanzen- und Organisationen muß die ideologische Erziehung der Jugend, ihre ideologische und politische Gestaltung stehen. Diese schwere Aufgabe erfordert ein hohes ideologisches Niveau der Erzieher und ein enges Zusammengehen der Partei- und Jugendorganisationen mit der Schule...

Die ganze Zukunft der jungen Generation ist mit dem Aufbau des Sozialismus verbunden. Darum soll man bei allen Arbeiten an der Vorbereitung und Verwirklichung der Schulreform immer an die Verbesserung der erzieherischen Funktion der Schule denken."

Die Reform der Unterrichtsprogramme in den Schulen wird also mit einer Intensivierung der erzieherischen Einflüsse der Schule gekoppelt. Der Kampf um die Seele der Jugend brachte bis jetzt nur wenig Erfolge. GOMULKA wird versuchen eine Wendung herbeizuführen aber dies wird eine noch schwerere Aufgabe sein, als die Umstellung der Unterrichtsprogramme.

Die Partei weiß, daß bei diesem Vorhaben den Lehrern die entscheidende Rolle zufallen wird. Schon Mitte Dezember 1960, als die Lehrgewerkschaft in Warschau ihre Tagung abhielt, wurden die Delegierten durch die Anwesenheit des I. Parteisekretärs geehrt, der eine längere Ansprache hielt. GOMULKA versprach den Lehrern, daß der Staat sich um die Verbesserung ihrer materiellen Lage kümmern wird und sprach die Hoffnung aus, daß Partei und Staat in der Zukunft von der Lehrerschaft tatkräftig unterstützt werden.

Eine Tatsache, die von den kommunistischen Regieführern mit Absicht nur am Rande der ZK-Sitzung vermerkt, aber von der Öffentlichkeit lebhaft kommentiert wurde, betrifft das Verhältnis Schule-Religion. In dem vom Politbüro vorbereiteten Bericht fand sich ein Passus, der wie folgt lautete:

"Die Schule in Volkspolen ist eine weltliche Schule. Ihre Aufgabe ist es, aufgeklärte, vorurteilsfreie und rationalistisch denkende Bürger zu erziehen. Religion betrachtet unser Staat als private Angelegenheit der Bürger. Staatliche Behörden machen den Eltern keine Schwierigkeiten, wenn sie wünschen, daß ihre Kinder Religionsunterricht bekommen sollen. Jedoch im Interesse eines erfolgreichen Unterrichtes, im Interesse aller gläubigen und ungläubigen Eltern liegt, daß den Kindern dieser Unterricht außerhalb der Schulräume erteilt wird."

Diese Feststellung, die sich an einer unauffälligen Stelle des Berichtes fand und der jede propagandistische Schärfe fehlt., bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Kündigung eines Abkommens, das nach dem Oktober 1956 zwischen Partei und Kirche geschlossen wurde. Religionsunterricht war in den polnischen Schulen kein Pflichtfach, durfte aber in den Schulräumen stattfinden.

Dieses Abkommen brachte GOMULKA viel Kritik innerhalb der PZPR und von außen. Es ist publik geworden, daß beispielsweise die Chinesen eine ganz scharfe Attacke gegen die polnische Parteilinie führten und sich dabei auch dieses Vorwurfes bedienten. Unter dem Hagel der zahlreichen Kritiken gab GOMUALKE jetzt, nach über vier Jahren, nach.

In informierten Warschauer Kreisen glaubt man nicht, daß dieser Beschluß einen Auftakt zum Kirchenkampf bedeutet. In den großen Städten des Landes ist dieser Beschluß auch mit Ruhe zur Kenntnis genommen worden. Man ist überzeugt, daß die offiziellen Stellen tatsächlich nichts gegen Religionsunterricht in den Gemeindehäusern haben werden. Anders sieht die Sache in der Provinz aus. Hier kann man nicht mit beiderseitiger Toleranz rechnen, sondern mit Fanatismus bestimmt die Auseinandersetzung. Welche Früchte er bringen wird, ist schwer vorauszusehen. Indessen mehren sich die Informationen, nach denen die Kirchenleitung die Hitzköpfe im eigenen Lager zur Ruhe ermahnt.

## 2) Die Journalisten in Polen

Am Vorabend der Feierlichkeiten zum 300-jährigen Bestehen der polnischen Presse veröffentlichten mehrere Zeitungen die Ergebnisse einer Untersuchung über die Zahl und Arbeit der Journalisten.

Die Gesamtzahl der Menschen, die in den Presseredaktionen, beim Rundfunk und in Presseinstituten als Journalisten tätig sind, beträgt in Polen 4.200. Nur für 46 % von ihnen ist der Journalismus ihr erster Beruf, vielleicht noch weniger, denn nur 24 Prozent absolvierten publizistische Fakultäten oder besuchten Journalistenschulen. Viele Vertreter anderer Berufe, wie Politiker, Wissenschaftler, ja sogar Ingenieure, finden an der journalistischen Arbeit Geschmack, so daß sie ihren alten Beruf aufgaben.

80 Prozent der heute tätigen Journalisten begannen die Arbeit in diesem Beruf erst nach dem Kriege. Das Durchschnittsalter der Männer beträgt 32,5, der Frauen - 31,5 Jahre. Der Anteil der Frauen unter den Journalisten beträgt ca. 25 %. Fast ein Viertel der Journalisten veröffentlichte mindestens einmal Reportagen, Feuilletons oder Artikel in Buchform.